6275/AB
vom 17.11.2026 zu 6893/J (XXVIII. GP)

Bundesministerium
Wirtschaft, Energie
und Tourismus

bmwet.gv.at

Dr. Wolfgang Hattmannsdorfer
Bundesminister

Stubenring 1, 1010 Wien

Herrn
Präsidenten des Nationalrates
Dr. Walter Rosenkranz
Parlament
1017 Wien

Geschäftszahl: 2026-0.783.170

Ihr Zeichen: BKA - PDion (PDion)6893/J-NR/2026

Wien, am 17. November 2026

Sehr geehrter Herr Präsident,

die Abgeordneten zum Nationalrat Dr. Elisabeth Götze und weitere haben am 17.09.2026 unter der **Nr. 6893/J** an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend **Dekarbonisierung der Transportlogistik der Österreichischen Post und politische Rahmenbedingungen für Schiene, kombinierten Verkehr und emissionsfreien Schwerverkehr** gerichtet.

Diese Anfrage beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

Zu den Fragen 1 bis 19, 22 und 24 bis 26

- *Welche konkreten Ziele verfolgt die Bundesregierung hinsichtlich der Verlagerung regelmäßig wiederkehrender schwerer Güterverkehre von der Straße auf die Schiene?*
- *Anhand welcher Kriterien beurteilt die Bundesregierung, für welche Transportrelationen eine Verlagerung auf die Schiene bzw. in den Unbegleiteten Kombinierten Verkehr (UKV) volkswirtschaftlich und klimapolitisch sinnvoll ist?*
- *Wie bewertet die Bundesregierung den Umstand, dass in einer 2024 in Kooperation mit der Österreichischen Post AG durchgeführten wissenschaftlichen Untersuchung trotz hoher, regelmäßiger und grundsätzlich zuggeeigneter Transportmengen ein wirtschaftlicher Break-even zwischen Schiene und Lkw erst bei einer Entfernung von 879 Kilometern errechnet wurde?*

- *Sieht die Bundesregierung darin ein strukturelles Hindernis für die angestrebte Verlagerung innerösterreichischer Güterverkehre auf die Schiene?*
- *Falls ja, welche Maßnahmen sind vorgesehen, um dieses Hindernis zu reduzieren?*
- *Wie bewertet die Bundesregierung vor dem Hintergrund ihrer klima- und verkehrspolitischen Zielsetzungen das in der genannten Untersuchung ermittelte Potenzial einer Emissionsreduktion von rund 80 Prozent bei einer Verlagerung geeigneter Post-Hauptläufe auf die Schiene?*
- *Sind die derzeit bestehenden Förderinstrumente für Schienengüterverkehr und kombinierten Verkehr nach Ansicht der Bundesregierung ausreichend, um regelmäßig wiederkehrende innerösterreichische Hub-to-Hub-Verkehre wirtschaftlich auf die Schiene zu verlagern?*
- *Wurde seitens des Bundes untersucht, ob die bestehenden Förderinstrumente insbesondere bei Entfernungen zwischen etwa 300 und 700 Kilometern ausreichend wirksam sind?*
- *Falls ja, zu welchen Ergebnissen kamen diese Untersuchungen?*
- *Falls nein, ist eine entsprechende Evaluierung und Weiterentwicklung der Förderinstrumente vorgesehen*
- *Welche Maßnahmen setzt die Bundesregierung, um die zeitliche Wettbewerbsfähigkeit des Schienengüterverkehrs bei zeitkritischen Transporten, insbesondere bei nächtlichen Hub-to-Hub-Verkehren, zu verbessern?*
- *Sieht die Bundesregierung einen Bedarf für zusätzliche schnelle bzw. zeitlich garantierte Güterverkehrsverbindungen auf der österreichischen West-Ost-Achse?*
- *Welche Rolle soll der Unbegleitete Kombinierte Verkehr (UKV) mit Wechselaufbauten, Containern oder Sattelaufliegern bei der Dekarbonisierung solcher regelmäßig wiederkehrenden Verkehre künftig spielen?*
- *Welche Maßnahmen werden gesetzt, um Vor- und Nachlauf sowie den Umschlag in Güterterminals zeitlich und wirtschaftlich attraktiver zu gestalten?*
- *Welche Rolle misst die Bundesregierung batterieelektrischen schweren Nutzfahrzeugen bei der Dekarbonisierung des innerösterreichischen Güterverkehrs bei?*
- *Welche Strategie verfolgt die Bundesregierung beim Aufbau einer für schwere batterieelektrische Lkw geeigneten Schnellladeinfrastruktur entlang der österreichischen Hauptverkehrsachsen?*
- *Welche Erwartungen bestehen seitens des Bundes hinsichtlich der Dekarbonisierung der Transportlogistik außerhalb der letzten Meile?*
- *Welche Rolle sollen dabei Ladeeinrichtungen unmittelbar bei Logistikzentren, Güterterminals und anderen regelmäßig angefahrenen Logistikstandorten spielen?*

- *In welchen Bereichen betrachtet die Bundesregierung batterieelektrische Lkw als Ergänzung zum Schienengüterverkehr und in welchen Bereichen als Alternative dazu?*
- *Welche Maßnahmen setzt die Bundesregierung, um zu verhindern, dass Förderungen für emissionsarme oder emissionsfreie Straßengüterverkehre zu einer unerwünschten Verlagerung bereits auf der Schiene transportierter Gütermengen auf die Straße führen?*

Dazu ist zuständigkeitshalber auf die Beantwortung der parlamentarischen Anfrage Nr. 6892/J durch den Herrn Bundesminister für Innovation, Mobilität und Infrastruktur zu verweisen.

Zur Frage 20

- *Welche klima- und verkehrspolitischen Zielsetzungen verfolgt der Bund im Rahmen seiner Eigentümerinteressen an der Österreichischen Post AG?*

Unbeschadet dessen, dass die Verfolgung klima- und verkehrspolitischer Zielsetzungen per se nicht in den Zuständigkeitsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft, Energie und Tourismus (BMWET) fällt, ist diese im Hinblick auf die Österreichische Post AG von der ÖBAG im Rahmen ihrer operativen Tätigkeit wahrzunehmen.

Zur Frage 21

- *In welcher Form werden die Dekarbonisierungsziele der Österreichischen Post AG im Beteiligungsmanagement des Bundes bzw. der ÖBAG berücksichtigt?*

Nach Art. 52 Abs. 2 B-VG umfasst das Interpellationsrecht auch alle Unternehmungen, für die der Rechnungshof nach Art. 126b Abs. 2 B-VG ein Prüfungsrecht hat. In inhaltlicher Hinsicht beschränkt sich das parlamentarische Interpellationsrecht in diesem Zusammenhang jedoch auf die Ausübung der Rechte des Bundes, wie etwa die Vertretung der Anteilsrechte in der Hauptversammlung einer Aktiengesellschaft oder die Wahrnehmung der Gesellschafterrechte in der Generalversammlung einer Gesellschaft mit beschränkter Haftung und die Ingerenzmöglichkeiten seiner Organe, jedoch nicht auf Gegenstände der Tätigkeit der Organe oder der Geschäftsgebarung der juristischen Person.

Die vorliegenden Fragen betreffen Angelegenheiten des operativen Geschäfts der Post AG und somit keine dem Interpellationsrecht unterliegenden Gegenstände der Vollziehung des BMWET.

Zur Frage 23

- *Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung im Rahmen ihrer Eigentümerpolitik, Unternehmen im Mehrheitseigentum des Bundes bei der Umstellung besonders emissionsintensiver Transportprozesse zu unterstützen, ohne in deren operative Geschäftsführung einzugreifen?*

Unbeschadet dessen, dass Klima- und Verkehrspolitik nicht in den Zuständigkeitsbereich des BMWET fallen, kann dazu festgehalten werden, dass das Ressort im Rahmen seiner Zuständigkeiten eine Reihe von Maßnahmen setzt, um die Dekarbonisierung der Industrie voranzutreiben.

Besonders hervorzuheben ist in diesem Zusammenhang die Klima- und Transformationsoffensive der Bundesregierung, die mit insgesamt € 5,7 Mrd., davon € 600 Mio. aus dem BMWET, die österreichische Industrie bei der Transformation zu einer nachhaltigen und auf erneuerbaren Energien basierenden Wirtschaft unterstützt. Zu den Kernzielen der Klima- und Transformationsoffensive zählen die Reduktion von Treibhausgasen und die Verlagerung von fossilen Energieträgern wie Öl und Gas zu Ökostrom und grünem Wasserstoff.

Im Rahmen der Industriestrategie 2035 widmet sich die bereits in Umsetzung befindliche Maßnahme 10 "Transformation der Industrie" der Unterstützung von Unternehmen und Forschungseinrichtungen bei der Entwicklung klimafreundlicher Technologien. Dafür werden € 270 Mio. des BMWET für Transformationsprojekte der energieintensiven Industrie und € 60 Mio. für Transformationsprojekte aus dem Klima- und Energiefonds eingesetzt.

Ziel dieser Förderungsmaßnahme für Transformationsprojekte ist es, Österreichs Industrie unabhängiger von fossiler Energie und wettbewerbsfähiger zu machen und sie langfristig am Standort abzusichern, um industrielle Wertschöpfung und Arbeitsplätze in Österreich zu halten.

Dr. Wolfgang Hattmannsdorfer

Elektronisch gefertigt



Unterzeichner	Bundesministerium für Wirtschaft, Energie und Tourismus
Datum/Zeit	2026-11-17T13:33:26+01:00
Aussteller-Zertifikat	CN=a-sign-corporate-07,OU=a-sign-corporate-07,O=A-Trust Ges. f. Sicherheitssysteme im elektr. Datenverkehr GmbH,C=AT
Serien-Nr.	2082304761
Hinweis	Dieses Dokument wurde amtssigniert.
Prüfinformation	Informationen zur Prüfung des elektronischen Siegels bzw. der elektronischen Signatur finden Sie unter: http://www.signaturpruefung.gv.at

	Unterzeichner	Parlamentsdirektion
	Datum/Zeit-UTC	2026-11-17T13:37:48+01:00
Prüfinformation	Dieses Dokument wurde elektronisch besiegelt. Informationen zur Prüfung des elektronischen Siegels und des Ausdrucks finden Sie unter: https://www.parlament.gv.at/siegel	